

10. Mai 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/89

Bonn, den 10. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Weiter zum Nachteil der Steuerzahler ?</u> Es geht um die Finanzehrlichkeit des Bundes Von Heinrich G. Ritzel, MdB	60
1a	<u>Peinliche Fragen um U-Boote</u> Klarheit notwendig	30
2 - 3	<u>Der CDU zur Mahnung</u> Die Sache mit dem Kanzlerwechsel Von Fritz Sänger, MdB	82
4	<u>Im Mittelpunkt steht der Mensch</u> 100-Jahrausstellung der SPD in Hannover Von H. Scholber	48
5 - 6	<u>"Taschengeld vom Vater Staat" ?</u> Bemerkungen zu einer Fernsehsendung über "Theorie und Praxis der Jugendverbände" Von Horst Seefeld Bundessekretar der Jungsozialisten	91
7	<u>"Alle Macht geht vom Volke aus"</u> Schweden korrigiert seine Verfassung Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Basten	50

Chefredakteur: Günter Markscheffel

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170
Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 - Redaktion: (2 18 31 / 32) - Telex: 8 886 890

Weiter zum Nachteil der Steuerzahler ?

Es geht um die Finanzzehrlichkeit des Bundes
Von Heinrich G. Ritzel, MdB

In der bevorstehenden dritten Beratung des Bundeshaushaltes 1963 wird die Regierungskoalition Farbe bekennen müssen, ob sie weiterhin zu Lasten des deutschen Steuerzahlers Vermögen erwirbt oder ob sie die bisher sehr geringe Inanspruchnahme des Kapitalmarktes preisgibt, um endlich eine Politik zu betreiben, die nicht die Gemeinden, sondern den Bund zwingt, ein ebenso verfassungswidriges wie wirtschaftlich falsches System zu verlassen und dem Steuerzahler die Gerechtigkeit angedeihen zu lassen, auf die er einen Rechtsanspruch hat.

Gemeint ist die Tatsache, daß der Bund endlich entsprechend den seit Jahren erhobenen Forderungen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion davon absieht, von der zur Zeit lebenden Generation der Steuerzahler Leistungen zu verlangen, die zur Deckung von Ausgaben dienen, die weit in die Zukunft hineinreichen, die auch kommenden Generationen zugute kommen und die vernünftigerweise auf viele Jahre oder auf Jahrzehnte zu verteilen sind.

Die Entscheidung ist auch darüber fällig, ob dem Bundesbürger als Steuerzahler weiterhin zugemutet werden kann, seine Leistungen zu steigern, um damit dem Bund Gelegenheit zu geben, Darlehen zu gewähren, die bei ihrem Rückfluß Vermögen des Bundes werden. Auch die Frage, ob eigene Investitionsausgaben des Bundes, zum Beispiel für Grunderwerb und für Gebäude, aus Steuererträgen eines Jahres finanziert werden dürfen oder im Sinne des Artikel 115 GG durch Kapitalaufnahmen zu finanzieren sind, steht zur Entscheidung.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat während dieser Haushaltsberatung die Initiative ergriffen, um die Regierungsparteien zu einer Entscheidung darüber zu zwingen, ob weiterhin zum Nachteil der Steuerzahler gewirtschaftet werden soll oder ob durch langfristige Kapitalaufnahmen die Ausgaben für vermögenswirksame Projekte auf die Schultern nicht nur der augenblicklich zahlenden Bundesbürger gelegt werden sollen.

Das Problem ist auch in Fragen der Vermögensbildung von großer Bedeutung. Den breiten Massen kann im Rahmen ihrer oft mehr als bescheidenen Verhältnisse zur Vermögensbildung nur geholfen werden, wenn sie von steuerlichen Leistungen angemessen entlastet werden. Der Bund ist praktisch der einzige Nutznießer der im Bund erhobenen indirekten Steuern. Wenn Ausgaben, die zur Vermögensbildung führen, nicht den Steuerzahler direkt belasten, sondern ihn nur zur Verzinsung und Tilgung aufzunehmender Kapitalien beanspruchen, dann ist das Mindestergebnis einer solchen Finanzpolitik eine Unterlassung neuer Steuererhöhungen, möglicherweise sogar die Senkung bestehender Steuern. Damit wird jede einzelne Familie in den Stand versetzt, Anschaffungen zu machen oder sich ein Häuschen zu bauen, also ihr eigenes kleines Vermögen zu vermehren.

Während der zweiten Beratung des Haushalts haben CDU und FDP gegenüber dem Vorschlag der SPD die kalte Schulter gezeigt. Ob sie es auf die Dauer können, ist eine offene Frage. Sie verlassen sich darauf, ob es gelingen könne, die Länder zu bewegen, das Zwei-Milliarden-Defizit im Haushaltsentwurf 1963 durch eine Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer von 35 Prozent auf 40,5 Prozent zu decken.

Die Sozialdemokraten denken in dieser Frage sehr viel realistischer. Sie halten eine Erhöhung des Bundesanteils um 3 Prozent, also auf 38 Prozent nach jeder Seite hin für vertretbar und gerade weil sie realistisch denken, haben sie vorgeschlagen, das dann noch verbleibende Defizit von nicht ganz eine Milliarde DM durch höhere Kapitaleinzahlungen zu decken. Gelingt es nicht, den Kapitalmarkt entsprechend zu erschliessen, dann muß eben der Bund sich nach der Decke strecken wie jeder andere auch.

Es ist eine Grundsatzfrage, die mit diesem sozialdemokratischen Vorstoß angeschnitten wurde und auf die endgültige Entscheidung der derzeitigen Regierungsparteien darf man gespannt sein.

+ + +
Peinliche Fragen um U-Boote

Klarheit notwendig

sp - Zuerst verhängte das Bundesverteidigungsministerium Geheimhaltung. Als immer mehr Einzelheiten bekannt wurden und sogar Admirale erklärten, mit den U-Booten sei vieles nicht in Ordnung, konnte die Geheimhaltung nicht mehr aufrecht erhalten bleiben. Die Angelegenheit kam bei der zweiten Lesung des Verteidigungshaushaltes im Bundestag, aufgeworfen durch MdB E r l e r , zur Sprache. Mit Genugtuung vernahm die Öffentlichkeit die Ankündigung des Bundesverteidigungsministers von Hassel, er werde den Verteidigungsausschuß von den Ergebnissen der anlaufenden Untersuchung unterrichten. Die Suche nach den Verantwortlichen hat begonnen.

Man kann das Verteidigungsministerium zu der seinerzeit geborenen Idee beglückwünschen, in der Ostsee ein U-Boot heben zu wollen, das antimagnetisch ist. Magneminen und U-Boot-Suchgeräte, die auf Magnetfelder anspringen, können einem solchen Boot nichts mehr antun. Zugleich aber ist in jedem Handbuch für Ingenieure zu lesen, antimagnetischer Stahl könne leicht brüchig werden und schnell rosten. Was hätte also näher gelegen, als einen Prototyp zu entwickeln und ein Boot solange zu erproben, bis alles in Ordnung war? Das ist offensichtlich nicht geschehen. Hier liegt mangelnde Sorgfaltspflicht vor. Sie kommt uns teuer zu stehen. Die U-Boote müssen völlig umgebaut und mit anderem Stahl versehen werden. Neben den materiellen Kosten kommt die Sorge um die Sicherheit der Matrosen und die Unruhe ihrer Angehörigen. Man darf diese psychologischen Fakten nicht unterschätzen. Der Soldat, aufgerufen zur Verteidigung von Volk und Staat, muß die Gewißheit haben, daß auch alles zu seinem Schutz geschieht. Unterlassungssünden und Fehler auf diesem Gebiet können verheerende psychologische Auswirkungen haben. Die Frage stellt die Öffentlichkeit: Wie konnte es zu diesen Mängeln kommen, wer ist für den Einkauf des Stahls verantwortlich? Hier hilft nur volle Offenheit, hier darf nichts verborgen werden oder verschleiert bleiben.

Der CDU zur Mahnung

Die Sache mit dem Kanzlerwechsel

Von Fritz Sänger, MdB

Im Bundestag hat der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU, von Brentano, am Mittwoch erneut den Versuch gemacht, Vorgänge um die Ablösung Konrad Adenauers vom Kanzleramt als gelungen, normal, rechtlich und politisch unantastbar zu bezeichnen. Er bemühte sich gar um eine moralische Plattform. Das geschah in Beantwortung einer Anmerkung von Fritz Erler, er wolle nicht jetzt schon eine Abschiedsrede für Adenauer halten, man könne nie wissen was noch komme.

Wäre Brentano still gewesen, wie seine Freunde hinter ihm es im Bundestag in den letzten Jahren so häufig waren, wenn der noch immer amtierende, alt gewordene Kanzler seine zusammenhanglosen Reden hielt, seine Späßchen trieb, sein unechtes Pathos zu zeigen bemüht war - wenn Brentano dessen eingedenk geschwiegen hätte, es wäre für seine Sache nützlicher gewesen.

So aber zwingt er dazu, ihn und seine Freunde daran zu erinnern, daß sie alle seit Monaten viel Mühe gehabt haben, Adenauer zu einer Rücktrittsankündigung zu bewegen, deren Zuverlässigkeit niemand bedenkenlos bejaht. Seit 1961 - und in kleineren Kreisen schon vorher - vor allem seit der letzten Bundestagswahl, wird Adenauers Abtritt von der politischen Bühne von seinen eigenen Freunden immer dringlicher gefordert. Die Wahlen zu einer Reihe von Landtagen, zuletzt die in Rheinland-Pfalz, haben in der CDU fast zu einer Rebellion geführt. Der Ruf nach Adenauers Abgang wurde laut und allgemein in aller Öffentlichkeit erhoben, von führenden Persönlichkeiten der CDU, von Parteiorganisationen dieser Partei, deren Vorsitzender Adenauer ist, von der Jungen Union. In Versammlungen, Zeitungen und Zeitschriften war im In- und Ausland zu lesen, daß die Zeit reif sei für den Wechsel im Kanzleramt, für die Ablösung Konrad Adenauers. Man ließ es spüren, daß man endlich auch in der CDU erkannt hatte, wie die politischen Voraussetzungen für die Tätigkeit Adenauers sich verflüchtigt haben, daß nicht nur ein neuer Mann, sondern ein neues Konzept nötig seien. Gerade weil dieser Wandel der Erkenntnis so leidenschaftlich bestritten wird, wird er bestätigt.

Dann gab die Analyse der Chancen den Ausschlag, die sich die CDU für die Wahl in Niedersachsen nicht auszurechnen vermag. Rechtzeitig vor dieser Wahl, dies war die Forderung der CDU, vor allem aus Niedersachsen, mußte der deutschen Öffentlichkeit unzweideutig der Abgang Adenauers mitgeteilt werden, mußte mit der Nennung eines neuen Kanzlers, "der unmittelbar dem Kanzler Adenauer folgen wird", wie man schrieb, der Eindruck vermittelt werden, als ob die

CDU in sich geschlossen, willenseinig und führungsfähig sei. Es war ein Versuch zur Rettung des sinkenden Ansehens und Prestiges dieser müde gewordenen, unharmonisch strukturierten, politisch höchst unterschiedlich hoffenden Partei.

Vor dem Hintergrund dieser Tatsachen, die nur ein Ignorant bestreiten wird, hat es der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU und frühere Außenminister der Bundesrepublik, von Brentano, gewagt, von einer souveränen, unabhängigen, gar freien Entscheidung zu sprechen, als er das monatelange peinliche Ringen der CDU mit ihrem Vorsitzenden und Kanzler wie eine politisch wegweisende Leistung wertete. Es war ein überaus peinlicher Vorgang, peinlich für die CDU und für die deutsche Demokratie, was da seit 1961 zu beobachten war und sich in den letzten Wochen vor aller Öffentlichkeit abspielte. Niemand kann diese Ereignisse, die unvergessen sind, begrüßen, auch die Opposition nicht, die an das Ganze denkt. Fehlendes Stehvermögen vor dem alten Mann, Mangel an Mut zur Verwirklichung einer längst als notwendig erkannten Maßnahme waren in höchst bedauerlicher Weise von Skandalen begleitet, die zu Regierungskrisen führten, die sogar alles in allem eine Staatskrise in drohende Nähe rückten. Dies geschah in der Regierungspartei und in der Verantwortung der Regierung. Zur Zeit des letzten Skandals schon wurde Adenauers Rücktritt erforderlich und - man kann es nicht bestreiten - erwogen. Erst die Beachtung des Trends der Wahlen und der Motive ihrer Ergebnisse erzwangen dann die Aktion gegen ihn, die nötig wurde, weil der Kanzler nicht freiwillig tat, was längst erforderlich geworden war.

So und nicht anders sind die Tatsachen. Die CDU bemüht sich, einen "normalen Ablauf" zu demonstrieren. Obwohl die Benennung des "Adenauer-Nachfolgers" nichts anderes als eine parteipolitische Taktik war, hielt die CDU es für angebracht, den Bundespräsidenten von ihrer schnell noch vor der Niedersachsen-Wahl vollzogenen Abberufung Adenauers zu informieren, so daß der Eindruck entstand, es sollte eine Rückentwicklung verhindert werden.

Die CDU war und ist in großen Schwierigkeiten. Sie ringt darum, das Ansehen zurückzugewinnen, das sie einmal in der Öffentlichkeit besaß. Sie ringt zugleich um ihr Selbstverstehen; sie sucht einen übersehbaren Weg, den sie verfolgen müßte. Sie ist ohne Tradition, ohne Programm, ohne Konzept, ohne gültige Führung - sie lebt politisch von der Hand in den Mund, ist aber ein Stück Gegenwart und als große Partei ein Teil in der politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik. Das verpflichtet! Sie muß sich nur dessen bewußt sein.

"Im Mittelpunkt steht der Mensch"

H.Sch. - Eigentlich ein eigenwilliger Kontrast: eine parteigeschichtliche Dokumentation, die über ein Jahrhundert zurückreicht, in einem supermodernen Gehäuse von geradezu astronautischem Zuschnitt. In einem riesigen, auf weitausladenden Pühlern fast schwebenden Kunststoffballon - durch ständigen Überdruck im Innern in Facon gehalten - präsentiert sich die Ausstellung "Die ersten hundert Jahre SPD" in Hannover, die am Freitag vom SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer feierlich eröffnet wurde.

Mitten im Herzen der niedersächsischen Landeshauptstadt ist sie das Dokumentations-Zentrum der großen Hundertjahrfeier der SPD am kommenden Sonntag in Hannover. Sie hat hier ihre Premiere, bleibt bis zum 25. Mai und ist später in Frankfurt, Dortmund, Bielefeld und schließlich - auf dem Deutschlandtreffen - in Hamburg als Wanderausstellung zu sehen.

In prägnanten Bild- und Texttafeln umreißt die historische Galerie den Weg der Sozialdemokratischen Partei von Ferdinand Lassalle bis Willy Brandt. Da ist der Beginn ... 1863. Ein Bildnis Lassalles. Kontrapunktisch ergänzt von Darstellungen einer Sklavenauspeitschung in Amerika, der Schlacht bei Solferino, der Huldigung der Freiheit, eines früheren Rüsteren Fabrikgeländes von Höchst. Daneben die Feststellung von Marx: "Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle - das bleibt sein unsterbliches Verdienst - die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland."

Vor Station zu Station wird der schwere politische Weg ausgeleuchtet. 1870/71. - August Bebel vor dem Reichstag. Der Aufruf des Komitees der streikenden Arbeiter Mönchen-Gladbachs mit dem erschütternden Appell: "Wir haben nicht freiwillig die Arbeit niedergelegt. Wir wollten auf dem Wege der Gesetzgebung eine Umgestaltung unserer elenden sozialen Lage erzwingen ... helfet, helfet, steht uns bei in diesem ungleichen Kampf. Damit nicht der schon drohende Hunger uns und unsere Kinder der Vernichtung eines langsamen Todes an unzureichender Nahrung überliefere."

Dann, 1878, das Sozialistengesetz. Die Entlassung Bismarcks. Die Feststellung des Reichskanzlers vor dem Reichstag: "Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und wenn nicht die Menge der Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mässigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, noch nicht existieren." Weiter spannt sich der Bogen: Kampf um den Achtstunden-Tag, Polizei geht gegen streikende Bergarbeiter vor, SPD-Protestkundgebung gegen das Dreiklassen-Wahlrecht, der erste Weltkrieg, der Kaiser sankt ab, und dann der schwarze Vorhang 1933: "Gehängt und erschlagen". Bilder von Julius Leber ("Für eine gute gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis"), von Rudolf Breitscheid, von Adolf Reichwein.

Ein weiter Weg. Und die nächsten Stationen seines weiteren Verlaufes sind hier, in der hannoverschen Jubiläums-Ausstellung unüberschbar abgesteckt. Thesen des SPD-Grundsatzprogramms markieren rund um eine Empore die künftigen Gemeinschaftsaufgaben, darunter die Forderung nach Wiedervereinigung, nach dem Wirtschaftsbürger von Morgen, nach Freiheit und materieller Sicherung für Forschung und Lehre, nach menschenwürdigen Wohnungen für jedermann, nach Modernisierung der Landwirtschaft. Und als zentrale Präambel heute wie einst: "Im Mittelpunkt steht der Mensch".

"Taschengeld vom Vater Staat" ?

Bemerkungen zu einer Fernsehsendung über
"Theorie und Praxis der Jugendverbände"

Von Horst Seefeld

Bundessekretär der Jungsozialisten

In die Reihe der Kritiker der Mitgliedorganisationen des Deutschen Bundesjugendringes hat sich neuerdings auch das Deutsche Fernsehen eingereiht. Mittwoch dieser Woche wurde eine Sendung "Taschengeld vom Vater Staat - Theorie und Praxis der Jugendverbände" ausgestrahlt. Man hatte einen Herrn Stuckmann beauftragt, einmal zu untersuchen, wo das vom Staat für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellte Geld verbleibt. Die Diskussion um dieses leidige Thema ist nicht zuletzt vor kurzem dadurch entfacht worden, daß eine große deutsche Tageszeitung in mehreren Serien zum gleichen Thema negative Aussagen gemacht hatte.

Wer Mittwoch abend unbefangen Herrn Stuckmann sah und hörte, mußte glauben, daß es unverantwortlich ist, den im Bundesjugendring vertretenen Organisationen noch Steuergelder zur Verfügung zu stellen. Der Bericht erweckte den Eindruck, daß in vielen Fällen die Jugendorganisationen ihr eigenes Organisationsleben überhaupt nur organisieren, um öffentliche Gelder zu erhalten.

Der tendenziöse Bericht sprach sich sehr lobend über die Arbeit der unorganisierten - die ja, wenn auch in kleinerer Form, ebenfalls wieder organisiert sind - aus und nannte die großen Jugendverbände verbürokratisierte Apparate. Funktionär in der Jugendarbeit zu sein ist nach Meinung des Reporters eine üble Sache.

Behauptungen ohne Beweise

Den "Beweis" für die nicht vorhandenen fünf Millionen organisierter Jugendlicher erbrachten Herr Stuckmann und seine Mitarbeiter dadurch, daß sie in Oberhausen an einem Abend 37 Jugendheime besuchten, in denen, zugegeben, nicht viel los war. Nach dem Warum und Weshalb wurde nicht sonderlich gefragt, dafür aber genau umgerechnet, für wieviel Personen ein Jugendheim vom Staat gebaut wurde, und darüber hinaus - wieviel junge Menschen in einem Jugendheim einen Raum zur Verfügung haben.

Jugendarbeit läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken. Die aktiven Mitglieder jeder Jugendorganisation sind in ihrer Teilnahme an den Veranstaltungen abwechselnd. Wenn in dem Bericht diejenigen gelobt werden, die sich eigene Dachböden oder Jazz-Keller bauen, so muß dabei berücksichtigt werden, daß solche kleineren Räume natürlich anderen Bedingungen unterliegen, als z.B. ein städtisches Jugendheim. Die Feststellung, daß "der Eifer sich in Gruppen zusammenschließen dann wächst, wenn man gezwungen ist, mit eigenen Opfern beizutragen", ist richtig. Nur die Schlußfolgerung, daß das bei den heutigen Jugendorganisationen nicht der Fall sei, ist irrig. Leider wurde nicht der Versuch gemacht, mit organisierten Jugendlichen darüber zu reden, wieviel Opfer und wieviel Freizeit sie in ihrem Verband "investieren."

Wahllose Fragerei

Das Fernsehen machte es sich sehr einfach und fragte stattdessen auf der Straße, in Schulen und sonst wo Gruppen junger Leute nach einer Verbandszugehörigkeit. Fast alle der Befragten waren nicht organisiert, womit man den "Beweis" erbrachte, daß die fünf Millionen, die der Bundesjugendring als Mitglieder seiner Mitgliedsorganisation nennt, nicht vorhanden sein dürften.

Sehr energisch muß man sich gegen die Behauptung wenden, "Taschengeld vom Vater Staat läßt Eigeninitiative erlahmen". Im Gegenteil. "Taschengeld vom Vater Staat" gibt den Jugendorganisationen die Möglichkeit, ihre staatsbürgerlichen Aufgaben erst voll zu entfalten. Herr Stuckmann hat global kritisiert ohne in Einzelheiten der Mittelzuteilung durch den Bundesjugendplan einzugehen. Hätte er das getan, wäre auch sicher ihm aufgefallen, daß z.B. für die Auslandsvorhaben pro Tag und Teilnehmer DM 1,50 an Unterstützung gewährt werden.

Jugendzeitschriften

Der Teil der Sendung, der sich mit den Zeitschriften der Verbände beschäftigte, hat sicher den meisten Unwillen des unvoreingenommenen Fernsehzuschauers hervorgerufen. Es wurde festgestellt, daß, da die Bezuschussung für Jugendzeitschriften nach der Höhe der Auflage gemessen wird, die Jugendverbände bewußt eine hohe Auflage herstellen, und die nicht benötigten Exemplare dann einfach in den Reißwolf werfen.

Eine derartige Behauptung ist absurd. Sie bleibt es auch dann, wenn Herr Stuckmann sich selbst an die Zeitungskioske begab und nach den Zeitschriften der deutschen Jugendorganisationen fragte. Selbstverständlich hat jeder Kiosk-Inhaber ihm die Antwort erteilen müssen, daß er diese Blätter nicht führe. Das wußte Herr Stuckmann auch. Es kam ihm nur darauf an, Jugendzeitschriften der Organisationen zugunsten einer anderen Jugendzeitschrift hinzuzustellen. Stuckmann lobte nämlich die Jugendzeitschrift "twen". Es ist dieselbe Jugendzeitschrift, bei der Herr Stuckmann lange Jahre Mitarbeiter war ... "twen" hat im übrigen schon vor Jahren den gleichen Kampf gegen die gleichen Jugendorganisationen geführt. Stuckmann brachte "twen" zu einigen Minuten unbezahlter Fernseh-Schleich-Werbung.

Die Behauptung, die politische Bildung in den politischen Jugendverbänden wird nur eingesetzt, um dafür Geld zu erhalten, stattdessen beschäftige man sich, nachdem alle ihre Teilnahme an politischen Bildungsabenden quittiert haben, lieber mit Jazz, muß so entkräftet werden, wie die Behauptung, daß die subventionierten Jugendverbände die "Jugendbewegung" in Deutschland getötet haben.

Reform, aber mit Verstand

Die Sozialdemokratische Partei weiß, daß der Bundesjugendplan reformbedürftig ist. Sie hat deshalb durch den Abgeordneten L i e h r bereits entsprechende Anfragen im Bundestag einbringen lassen. Auf jeden Fall wird sie aber auch bei ihren Reformbestrebungen für den Bundesjugendplan den Jugendorganisationen, die sich um die Jugend in der Bundesrepublik seit 1945 bemüht haben, den ihnen gebührenden Platz belassen. Es erscheint besser, die demokratischen Jugendgruppen mit staatlicher Unterstützung gedeihen zu lassen, als erleben zu müssen, daß unkontrollierbare Kräfte sich der Jugendarbeit annehmen und erneut versuchen, ihr nicht immer sehr durchsichtiges Spiel mit der deutschen Jugend zu treiben.

"Alle Macht geht vom Volke aus"

Schweden korrigiert seine Verfassung

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

"Alle Macht in Schwedens Reich geht vom schwedischen Volke aus". So heißt es feierlich in einem Entwurf zur Grundgesetzänderung, der kürzlich in Stockholm veröffentlicht wurde. Seit mehr als einer Generation hat dieser Grundsatz Gültigkeit im Staatsleben Schwedens. Die Verfassung jedoch stammt aus dem Jahre 1809. Sie postuliert das Recht der Könige, das Reich allein zu steuern. Nun soll diese Formulierung endgültig abgeschafft und durch die neue ersetzt werden.

Der Entwurf befasst sich mit zwei Verfassungskomplexen: der Regierungsform und der Parlamentsform.

Die wichtigste Änderung, die vorgeschlagen wird, ist die Einführung des parlamentarischen Einkammer-Systems. Die Kammer soll aus 290 Vertretern bestehen und die jetzige Erstkammer (mit 150) und die Zweite Kammer (mit 232) ablösen. Auch die Arbeitsordnung des Parlaments soll modernisiert werden. Nur eine kleine Minderheit der Expertenkommission wünscht, das Zweikammersystem zu bewahren. Wenn auch die überwiegende Mehrheit in der sozialdemokratischen Regierungspartei und in der liberalen Volkspartei sowie in der Öffentlichkeit für das Einkammer-System ist, kann wahrscheinlich mit größeren Auseinandersetzungen in dieser Frage gerechnet werden. In Bezug auf die neue Wahlordnung hat die Kommission vorgeschlagen, die jetzigen Proporzahlen mit den neuen Bezirksvertreterwahlen zu mischen. Von den 290 Mitgliedern des neuen Reichstages sollen 230 wie bisher, 60 durch Regionalwahlen in sechs Bezirken gewählt werden. Diese 60 Vertreter der Bezirke sollen durch eigene Listen gewählt werden, was zu einem engeren Kontakt zwischen Wählern und Kandidaten führen soll. Der Wähler soll zwei Stimmen erhalten, eine für die Parteiliste, die andere für die Persönlichkeit, die er zu wählen wünscht.

Eine weitere Neuerung des Grundgesetzes ist der Vorschlag, den Volksabstimmungen Beschlussfähigkeit zu geben. Bisher war es nur möglich, Volksabstimmungen durchzuführen, die für die Regierung keine gesetzliche Verpflichtung darstellten. Nunmehr soll ermöglicht werden, Grundgesetzfragen durch Volksabstimmungen entscheiden zu lassen, falls ein Drittel der Reichstagsmitglieder eine Volksabstimmung verlangt. Eine Verfassungsfrage soll dann als verworfen gelten, wenn die Mehrheit der Wähler dagegen stimmt, vorausgesetzt, daß diese Mehrheit größer ist als bei den Reichstagswahlen, die gleichzeitig mit der Volksabstimmung durchgeführt werden müssen. Die letztere Bedingung garantiert, daß Volksabstimmungen nicht zu alltäglichen Ereignissen degradiert werden.

Vorläufig werden die Änderungsentwürfe der Kommission in der schwedischen Presse mehr analysiert und von sachlichen Gesichtspunkten aus beurteilt als politisch gewertet. Es wird wahrscheinlich nicht lange dauern, bis eine lebhafte Diskussion, vor allem über die Frage der Abschaffung des "bremsenden" Zweikammersystems und über die neue Wahlordnung einsetzt. Der Entwurf enthält auch die Bestimmung, daß ein Kabinettsminister zurücktreten muß, wenn die Mehrheit des Reichstages einen Mißtrauensantrag gegen ihn einbringt. Damit soll die Verantwortlichkeit der Minister erhöht und das Parlament weiter gestärkt werden.